

Die komplette aber verkürzt gehaltene Rede am 3. Oktober 2026 auf dem „Platz der Deutschen Einheit“ neben dem Bahnhofsvorplatz (Dr. Detlef Griesche/ Bremen 3.10.)

Es ist erstaunlich, was Bremen zum Tag der Deutschen Einheit so alles auf die Beine stellt. Viele Menschen werden heute in Bremen auf die „Feier“-Meile auf dem gesperrten Osterdeich und andere Orte gehen und die Angebote der Länder erkunden. Was aber an einem Tag wie diesem fehlt, ist über Festreden hinaus eine Reflexion auf die Entwicklung in Ost und West und die soziale Lage generell, wie sie sich tagtäglich in den Medien widerspiegelt. Und es fehlt die Frage, wie es um das Grundgesetz steht und wie immer häufiger Grundrechte der Meinungsfreiheit und des Versammlungsrechts ausser Kraft gesetzt werden. Da werden Menschen und Gruppen gebrandmarkt, verfolgt und sozial ausgegrenzt, die auf Missstände hinweisen und protestieren. Da wird Kritik an der israelischen Genozidpolitik und das Treiben von faschistischen Ministern mit Verweis auf die sog. Staatsraison, einem Begriff aus dem Vorvorigen Jahrhundert mit dem Vorwurf des Antisemitismus überzogen, da werden bis zu rechtlichen Klärungen Veranstaltungen verboten, Referenten denunziert, Räume entzogen, Lebensleistungen zerstört und all dies reflexhaft, wenn ein Funktionsträger oder eine Organisation der trotz allen Terrors und des Mordens israelfreundlichen Community nur laut aufschreit.

Aber während die deutsche Bevölkerung und inzwischen auch manche Medien den Terror der sog. Siedler“ in der Westbank verurteilen und sogar der Kanzler gezwungen ist, leise rhetorisch zu mahnen, ja, der Israel sehr zugewandte ehemalige Botschafter auf seine fundierte faktenbasierte Kritik an die Siedlungspolitik und den Siedlerterror, umgehend auch als Antisemit beschimpft wird – baut die Regierung die Kooperation über die Waffenlieferungen hinaus noch aus, indem gemeinsame Waffenentwicklungen vereinbart werden und sich die Kooperation in der Ansiedlung von israelischen Rüstungsfirmen in deutschen Werken vorangetrieben wird.

In einer neuen Umfrage des Umfrageinstituts Civey wurden erstmalig mehrere Fragen zum Verhältnis Deutschlands zu Israel gestellt. Wie z.B. Inwieweit stimmen Sie der Aussage zu „Deutschland sollte mögliche Menschenverletzungen durch Israel deutlicher verurteilen?“ oder „Wie sollte Ihrer Meinung nach die außenpolitische Haltung Deutschlands gegenüber der israelischen Regierung angesichts der aktuellen Situation im Gazastreifen und im Westjordanland sein?“ oder „Legt Deutschland Ihrer Meinung nach bei der Bewertung von Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen andere Maßstäbe an die israelische Regierung an als an andere Regierungen?“ Alle diese Fragen wurden mit deutlichen großen Mehrheiten wie schon in früheren allgemeinen Umfragen zu Waffenlieferungen an Israel klar beantwortet. Die große Mehrheit der Befragten steht in klarem Gegensatz zur herrschenden Politik, verurteilt Waffenlieferungen und fordert die deutliche Verurteilung der israelischen Politik nicht nur rhetorisch. Staatsraison zu Israel kann nicht die grundsätzlichen Normen des Grundgesetzes außer Kraft setzen. Es muß Schluß sein mit dem absurden Totschlagargument „Antisemitismus“, wo nur die völkerrechtswidrige Politik kritisiert wird.

Zur Situation vor den Wahlen in Israel beschreibt einen neuen 249-seitigen Bericht der israelischen NGO B'Tselem mit dem bezeichnenden Titel "The Elimination Project" das "politische System" Israels :

„Israel hat seine Angriffe auf sämtliche Bereiche des Lebens der Palästinenser im Westjordanland erheblich intensiviert“, stellt die israelische NGO B'Tselem in einer am Montag, dem 14. September, veröffentlichten Untersuchung fest. Diese akribische

Dokumentations- und Analysearbeit, die Maßstäbe setzen dürfte, führt B'Tselem dazu, die Situation als „Apartheid“ und als ein Regime der „Unterdrückung“ zu bezeichnen sowie den „jüdischen Suprematismus“ und das zionistische Projekt, auf dem der Staat Israel beruht, grundsätzlich infrage zu stellen. Vor allem aber gelangt die Menschenrechtsorganisation zu dem Schluss, Israel setze im Westjordanland ein Projekt zur Eliminierung der palästinensischen Gesellschaft um, indem es systematisch sämtliche ihrer tragenden Säulen zerstöre.

B'Tselem betrachtet die Gewalt jüdischer Siedler, die sich in den vergangenen zwölf Monaten stark verschärft hat, lediglich als den sichtbaren und in den Medien am stärksten wahrgenommenen Teil eines „politischen Systems“. Zu Gewalt, Verhaftungen und Folter in Gefängnissen – allesamt durch zahlreiche unabhängige Quellen dokumentiert – kommen die wirtschaftliche Strangulierung des Westjordanlands, Zwangsvertreibungen, massive Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und die Zerschlagung der politischen Eliten hinzu. All dies sind bewusst betriebene staatliche Politiken: „Zusammengenommen sind diese Mechanismen Teil eines siedlerkolonialen Projekts, dessen Ziel darin besteht, eine dauerhafte jüdische Präsenz in dem Gebiet auszuweiten und zu institutionalisieren und zugleich die palästinensische Präsenz aus diesem Raum zu verdrängen und auszulöschen“, erklärt B'Tselem.

Die NGO stellt einen Zusammenhang zwischen ihrem früheren Bericht über die Lage in Gaza, den sie „Our genocide“ („Unser Genozid“) betitelt hatte, und den Vorgängen im Westjordanland her: „Der Genozid in Gaza und das Projekt der Auslöschung im Westjordanland sind zwei Ausdrucksformen ein und desselben politischen Projekts des Regimes, das darauf abzielt, die Fähigkeit des palästinensischen Volkes zu zerstören, als solches zu existieren“, schreibt die Organisation.

In diesem Punkt unterscheidet sich ihre Einschätzung nicht von der anderer Organisationen oder internationaler Institutionen. „Tag für Tag werden Häuser in Brand gesetzt, Straßen und Zufahrtswege blockiert, immer mehr Familien sind Gewalt ausgesetzt, immer mehr Gemeinschaften werden ihres Landes beraubt, während Angst und Terror unaufhörlich um sich greifen. Seit drei Jahren verschärft sich diese Offensive gegen das palästinensische Leben, weitet sich aus und wird immer offener betrieben. Das Westjordanland steht in Flammen und versinkt im Blut, und weit und breit ist keine politische Kraft in Sicht, die diese Verschlechterung aufhalten könnte“, betont die NGO. Das ist der Grund, warum wir hier immer noch Woche für Woche demonstrieren: „Free Palestine“!

Und diese Fakten sind auch in der Deutschen Politischen Klasse und unseren Leitmedien bekannt, dennoch glauben immer noch viele Israel sei ein demokratischer Rechtsstaat mit der "moralischen" Armee der Welt und glauben, es sei nur die derzeitige Regierung Netanyahu mit einigen offen faschistischen Ministern, den Erben der 1994 sogar in Israel verbotenen Kach-Partei und bei den anstehenden Wahlen in Israel würde sich etwas zum Besseren ändern. Schaut man auf die zur Wahl anstehenden Parteien und deren erklärte Programme, so wird schnell deutlich: es ist alles zu befürchten, aber kein Ansatz für eine positivere Entwicklung für die Palästinenser. Im Gegenteil läßt sich ohne Schwarzmalerei absehen, daß wenig Hoffnung auf Beendigung des offenen und stillen Mordens in Gaza und den systematischen regierungsunterstützten Terror der "Siedler"-banden in der Westbank besteht. Es geht in Israel eben nicht um die Ablösung einer rassistischen Regierung durch eine eher vernünftiger humanistischere Opposition. Egal wer siegt, die Besatzung bleibt und die Folgen werden nicht minder härter ausfallen. Und ganz aktuell wurden die 2 arabischen Listen, die kandidieren wollten, zunächst nicht zur Wahl zugelassen. Eventuell wird das vor Gericht nach Klage der Listen noch wieder geändert, aber zeigt

einmal mehr den vorherrschenden Geist in der israelischen Gesellschaft, in der kein Protest zu vernehmen ist!

Nach Recherchen von Human Rights Watch, die weltweit wohl anerkannteste und einflussreiche NGO für den Schutz der Menschenrechte mit Sitz in New York wurden seit 2023 107 palästinensische Gemeinden vollständig oder teilweise ethnisch gesäubert. Im selben Zeitraum errichteten Siedler mehr als 248 neue Außenposten und Siedlungen, davon allein 2026 mehr als 65. Zwischen Jan. 2025 und Juni 2026 wurden mehr als 2400 palästinensische Häuser und andere Gebäude zerstört. Nicht genug damit: Seit Jahresbeginn 2026 wurden "Siedler" nicht nur offiziell mit Waffen versorgt, es wurden mindestens 77 Palästinenser im Westjordanland ermordet – durch "Siedler oder die Armee. Wir reden also nicht nur über den Genozid in Gaza. Die derzeit wohl aussichtsreichste Kraft der Opposition wird vom ehemaligen General Gadi Eisenkot geführt, der die Idee einer 2-Staatenlösung und eine palästinensische Staatlichkeit als einen bitteren Fehler bezeichnete und auch die Siedlungsprojekte fortsetzen will, wenn auch eher still vor der internationalen Wahrnehmung. Als 2. Alternative treten die ehemaligen Ministerpräsidenten Yair Lapid und Naftali Bennet gemeinsam mit dem Bündnis "Zusammen" an. Sie wollen ebenfalls die vollständige Annexion des Westjordanlandes und Bennett rühmt sich seiner von ihm getöteten Araber. Er will den Traum von Eretz-Israel verwirklichen. Daneben gibt es die Partei des Rechtsaußen Avigdor Lieberman, die sich kaum von der derzeitigen Politik der umfassenden Besatzung unterscheidet. Und dann gibt es noch die zwei neuen Parteien, die Amcha Yisrael des ehemaligen Generals Ofer Winter, der im Gaza-Krieg Berühmtheit erlangte, indem er als Kommandeur der Givati-Brigaden am sog. schwarzen Freitag in Rafah mindestens 125 Zivilisten, darunter 75 Kinder verantwortete. Er unterstützt Smotrichs "Entscheidungsplan" und hat die brutale Rhetorik wie Ben Gvir. Er gilt deswegen auch in Israel als radikalster Kandidat. Und letztlich gibt es das Bündnis von Smotrichs Religiösen Zionisten mit Moshe Feiglin's Zehut, die für eine noch stärkere Entmenslichung der Palästinenser stehen und Handeln werden-

Jahrelang wurde mit Verweis auf die besondere Verantwortung gegenüber Israel geschwiegen. Plötzlich gibt es in den Medien und der Deutschen Politik eine einmütige Empörung über den israelischen Sicherheitsminister Ben-Gvir, der offen und medial begleitet aufruft, jede Nacht 30 bis 40 Palästinenser gezielt zu töten, da es eigentlich keine Menschen seien. Dabei verwundert diese Aussage eines einflussreichen Ministers nicht, denn er hat wiederholt unter dem Beifall seiner Mitstreiter menschenrechtsverletzende Taten zelebriert. Dieser rechtsextreme Politiker war schon früher für faschistische Umtriebe bekannt. Er wurde vor Jahrzehnten wegen der Unterstützung von Terrororganisationen verurteilt und durfte nicht zur Armee. Es überrascht also keineswegs, was aber überraschend ist, daß er eigentlich nur das von sich gibt, was ohnehin vor den Augen der Welt längst durch die israelische Armee passiert, und zwar auch unter sog. Waffenstillstandsbedingungen. Seit 2023 wurden bis zu 80000 Palästinenser getötet, darunter 70% Frauen und Kinder. Viele liegen noch unter Trümmern der zerstörten Häuser und fast 100000 Palästinenser sind lebenslang körperlich und mental eingeschränkt. Mehr als 260 Journalisten und Medienschaffende wurden ermordet, die Schulen und Universitäten zerstört und der größte Teil der Krankenhäuser. Bis heute wurden bis zu 2000 Ärzte und Mitarbeiter im Gesundheitswesen getötet. Die Behinderungen bei der Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser und Medizin wird massiv behindert und führt zu weiteren Toten und Einschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten vor allem für Kinder. In Gaza sind derzeit zwei Millionen Palästinenser auf 30 % ihres verwüsteten Landes eingepfercht. Nicht zu vergessen ist der von Militär und Polizei geschützte Terror, Morde und Brandschatzungen der sog. „Siedler“-Banden im

völkerrechtlich besetztem Westjordanland mit dem offen propagiertem Ziel der Annexion und der Vertreibung.

Es überrascht eigentlich auch nicht die plötzliche Empörung deutscher Politiker, denn die doppelmoralische Empörung ist erklärbar; Man kann einen Mann verurteilen, aber weiterhin so tun, als sei dieser Minister eine Ausnahme und nicht Teil einer von der ganzen Regierung verantworteten genozidalen Entwicklung, die auch von anderen verantwortlichen israelischen Regierungs Politikern seit dem Okt.2023 klar, offen und stringent formuliert wurden, z.B. schon 2023 vom ehemaligen Oberbefehlshaber Benny Gantz. Eine nachprüfbare 20 seitige Liste eines faschistischen Vokabulars in der Charakterisierung von Palästinensern durch israelische Politiker seit Jahrzehnten gibt es für jeden einsehbar bei Wikipedia.

Die Republik der „guten“ Deutschen ist in Aufruhr: Ein Vertreter der faschistischen Wertepartner in Israel hat ausgesprochen, was deren Streitkräfte seit bald drei Jahren Genozid ohnehin jeden Tag tun - gezielt palästinensisches Leben ausschalten, ausdrücklich unschuldiges Leben ausschalten. Geheuchelte Statements zu veröffentlichen, in denen man sich distanziert und empört lassen die Frage aufkommen: Haben sie alle die letzten drei Jahre unter einer Höhle gelebt?

Die rhetorische Barbarei hat Methode und flankiert die reale genozidale Entwicklung!!!

In der französischen Zeitung Le Monde konnte man kürzlich in einem faktenbasierten kontextualisierendem Artikel lesen, daß, wenn man alle Ermordeten in Palästina der letzten 3 Jahre durch die Anzahl der Tage zählt kommt man schon auf die Zahl der vom israelischen faschistischen Minister geforderten täglich zu Tötenden! Noch Fragen?!

Drei Worte drängen sich auf , um die Gefühle zu beschreiben, die uns angesichts der gegenwärtig vor den Augen der Welt - trotz aller Versuche der israelische Hasbara (staatlich gesteuerte Propaganda), aktuell seit 3 Jahren das Töten und die ethnischen Säuberungen in Palästina zu verharmlosen:

Ekel, Wut und Scham! Wegschauen im Medienzeitalter ist Mittäterschaft

Wir fordern:

- Sofortige nachhaltige Friedensverhandlungen - statt eines Pseudo-Waffenstillstands, in dem weiter gemordet wird
- Die Internationale Gemeinschaft muss sich für ein Ende dieses Völkermords in Gaza und das Töten im Libanon einsetzen.
- Die Blockaden für eine ausreichende humanitäre Hilfe für alle Menschen in Gaza und Libanon muss beendet werden.
- Ein Wiederaufbau Gazas und alle Zerstörungen im Westjordanland und dem Libanon muss schnellstens erfolgen.
- Die Welt muss Palästina und den Libanon in ihrem Bestreben um Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und ein Leben in Würde unterstützen.
- Die Deutsche Regierung wird aufgefordert, ihre Doppelmoral zu beenden, für die Versorgung mit Hilfsgütern in Gaza zu sorgen, die Behandlung von Kranken in Deutschland ohne bürokratische Hemmnisse zuzulassen und dringende orthopädische Versorgung vor allem von Kindern und Jugendlichen in Palästina und im Libanon zu fördern
- Die deutsche Regierung wird aufgefordert, keinerlei waffenfähiges Gerät, Waffen oder zum Bau von Waffen bestimmtes Material an Israel zu liefern und die Klagen gegen Israel vor den internationalen Gerichten zu unterstützen statt zu behindern! Sie sollte die Blockade des Assoziierungsabkommens umgehend beenden!

- Die Deutsche Regierung wird aufgefordert, Palästina umgehend anzuerkennen, will sie wieder glaubwürdig werden

Ich danke Euch! Free Palestine